

Angelina Keil

# Wirtschaftschronik

## III. Quartal 2018

### Wirtschaftschronik. III. Quartal 2018

Der Präsident der Europäischen Kommission Juncker und der Präsident der USA Trump verhindern vorläufig eine weitere Eskalation im Handelsstreit zwischen den USA und Europa. Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan (Economic Partnership Agreement) wird unterzeichnet. Die weltweit hohe Verschuldung, der Anstieg der Leitzinssätze, die Wirtschaftskrise in Argentinien und Venezuela und die Zunahme des Protektionismus im Welthandel bergen laut IWF, Weltbank und BIZ Risiken für die Weltwirtschaft. Die Europäische Union lehnt die Vorschläge des Vereinigten Königreiches für eine Regelung des Austrittes ab. Die Umsetzung der Wahlversprechen durch die neue italienische Regierung zieht eine Überschreitung der mit der Europäischen Kommission vereinbarten Obergrenze für die Neuverschuldung nach sich. Wegen Gefährdung des Rechtsstaates stimmt das Europäische Parlament für ein Strafverfahren gegen Ungarn. – Der österreichische Nationalrat verabschiedet das Arbeitszeitgesetz, nachdem gesichert ist, dass Beschäftigte die 11. und 12. Arbeitsstunde pro Tag nur freiwillig leisten müssen und bei Ablehnung nicht diskriminiert werden dürfen. Das neue Gesetz ermöglicht den 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche als Maximalvariante.

### Calendar of Economic Events. Third Quarter of 2018

Jean-Claude Juncker, President of the European Commission, and US President Donald Trump were for the time being successful in preventing any further escalation in the trade dispute between the USA and Europe. The Economic Partnership Agreement between the EU and Japan was signed. According to IMF, World Bank and BIS, the high global debt level, an increase in interest rates, the economic crisis in Argentina and Venezuela, and growing protectionism in world trade combine to pose a risk for the global economy. The European Union rejected the UK proposals for regulating Brexit. The promises made by the new Italian government during the election campaign will result in exceeding the new debt limit agreed with the European Commission. The European Parliament voted to initiate an Article 7 process against Hungary for breaching the EU's core values by endangering the rule of law. – The Austrian National Council passed the Working Hours Act which ensures that employees need to work for an 11th and 12th daily hour only on a voluntary basis and must not be discriminated against for refusing to do so. The new law permits 12-hour working days and 60-hour working weeks as a maximum option.

### Kontakt:

**Mag. Angelina Keil:** WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, [angelina.keil@wifo.ac.at](mailto:angelina.keil@wifo.ac.at)

**JEL-Codes:** D02, E02, N00 • **Keywords:** Chronik, Institutionen, Österreich, EU, Wirtschaftspolitik

Abgeschlossen am 30. September 2018.

**Begutachtung:** Christian Glocker, Christine Mayrhuber, Yvonne Wolfmayr

## 1. Ausland

**1. Juli:** Unter dem Motto "Ein Europa, das schützt" übernimmt Österreich den Vorsitz im Rat der Europäischen Union und ist somit nach Estland und Bulgarien das letzte Land dieses Trio-Ratsvorsitzes.

EU: Ratsvorsitz

In Tokio findet eine Verhandlungsrunde zur Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) statt. Diese Freihandelsvereinbarung zwischen China, Japan, Australien, Indien, Neuseeland, Südkorea und 10 Asean-Ländern Südostasiens ist ein neuer Versuch eines Freihandelsabkommens, nachdem die Transpazifische Partnerschaft (TPP) von den USA aufgegeben wurde.

Freihandelsabkommen RCEP

Für Lkw ab 7,5 Tonnen gilt auf dem gesamten deutschen Bundesstraßennetz die Gebührenpflicht. Der Bund erwartet sich Einnahmen von 7,2 Mrd. € pro Jahr. Der derzeit geltende gestaffelte Tarifsatz zwischen 0,081 € und 0,218 € pro km wird 2019 neu geregelt.

Deutschland: Lkw-Maut

**6. Juli:** Die USA verhängen auf Importe aus China (landwirtschaftliche Produkte und Energieträger) im Wert von 34 Mrd. \$ Zölle von 25% und planen eine Ausweitung des Volumens auf 50 Mrd. \$. Im Gegenzug belastet China Importe aus den USA im Ausmaß von 34 Mrd. \$ (vorwiegend Vorprodukte und Investitionsgüter) mit Zöllen. In

USA-China: Zölle

einem weiteren Schritt sollen zwei Wochen später Sonderzölle auf weitere Importe von 16 Mrd. \$ folgen. 2017 exportierten die USA nach China Waren im Wert von 130,4 Mrd. \$, während die Importe aus China über 505,6 Mrd. \$ ausmachten.

Vereinigtes Königreich: Brexit

Die Premierministerin des Vereinigten Königreiches May präsentiert in Chequers ihrem Kabinett die Grundrisse ihres Planes für einen "weichen Brexit" (Chequers Plan). Dieser sieht das Ausscheiden aus der Zollunion und dem Binnenmarkt vor. Um den Handel mit der Europäischen Union aufrechtzuerhalten, soll eine Freihandelszone mit der EU geschaffen werden. Eine gesetzliche Anpassung an die EU-Gesetzgebung in den Bereichen Umweltschutz, Soziales und Hygiene soll für die Harmonisierung der rechtlichen Standards sorgen. Der Europäische Gerichtshof soll auch nach dem Austritt zuständig sein. Grenzkontrollen zwischen Nordirland und Irland sollen verhindert werden. Brexit-Minister David Davis und Außenminister Boris Johnson treten als Reaktion zurück.

Japan: Dieselabgasmessung

**9. Juli:** Der japanische Autokonzern Nissan gibt bekannt, dass im Konzern mindestens seit 2013 Abgaswerte falsch angegeben wurden.

Deutschland: Dieselfahrverbot

**11. Juli:** Die Landesregierung von Baden-Württemberg beschließt für die Stadt Stuttgart ab 2019 ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge der Abgasnorm Euro 4 und darunter. Betroffen sind davon etwa ein Drittel der 535.000 Dieseldieselfahrzeuge der Region. Der Grenzwert für die Belastung mit Stickoxid wird seit Jahren stellenweise um mehr als 90% überschritten.

Der Präsident der USA plant weitere Importe aus China im Ausmaß von 200 Mrd. \$ (Nahrungsmittel, Tabak, Kohle, Chemikalien, Reifen, Toilettenpapier, Unterhaltungselektronik) mit einem Zoll von 10% zu belasten.

Vereinigtes Königreich: Weißbuch

**12. Juli:** In einem Weißbuch "The future relationship between the United Kingdom and the European Union" fasst die Regierung des Vereinigten Königreiches ihre Vorschläge für die künftigen Beziehungen zur Europäischen Union nach dem Brexit zusammen<sup>1)</sup>. Ziel ist eine Freihandelszone für Waren, nicht aber für Dienstleistungen zu schaffen und dafür regulatorische Grundlagen der Europäischen Union beizubehalten. Der Binnenmarkt und die Zollunion sollen verlassen werden, jedoch soll eine "harte" Grenze zwischen Nordirland und Irland verhindert werden.

EU-China: Handelsabkommen

**16. Juli:** Anlässlich des 20. Gipfels zwischen China und der EU in Peking wird die 15-jährige Partnerschaft zwischen der EU und China hervorgehoben. Beide Partner erklären, das regelbasierte multinationale Handelssystem erhalten zu wollen und gemeinsame Reformpläne für eine Veränderung der WTO zu erarbeiten. Das seit drei Jahren verhandelte Investitionsabkommen muss mit höchster Priorität betrieben werden. Es bildet eine Grundlage für ein künftiges Handelsabkommen. Die gemeinsame Erklärung enthält auch ein Bekenntnis zum Klimaschutz.

EU-Japan: Handelsabkommen

**17. Juli:** Zwischen der Europäischen Union und Japan wird in Tokio die "Economic Partnership Agreement" (EPA), das größte bilaterale Freihandelsabkommen der EU unterzeichnet. Nach Übergangsfristen werden zwischen den Partnern 99% aller Zölle entfallen. Die EU importiert aus Japan jährlich Waren und Dienstleistungen, vorwiegend Fahrzeuge, im Ausmaß von fast 88 Mrd. € (2017) und exportiert Waren (Agrarprodukte) und Dienstleistungen von über 92 Mrd. €. Der Vertrag umfasst Regeln über den Schutz des geistigen Eigentums, den Arbeitsmarkt und den Umweltschutz. Die Datenschutzbestimmungen werden als gleichwertig anerkannt. Zum Investorenschutz wird keine Einigung erzielt. Für die Ratifizierung ist nur die Zustimmung des Europäischen Parlamentes und nicht die der nationalen Parlamente erforderlich.

EU: Google

**18. Juli:** Die Europäische Kommission verhängt über Google LLC eine Strafe von 4,34 Mrd. €, da das Unternehmen die Marktdominanz seines Betriebssystems Android missbraucht habe: Mobiltelefonhersteller müssen den Google-eigenen Browser vorinstallieren, um eine Lizenz für den App Store zu erhalten.

EU-USA: Handelskonflikt

**25. Juli:** Anlässlich des Treffens des Präsidenten der Europäischen Kommission Juncker und des Präsidenten der USA Trump in Washington kann eine weitere Eskalation des bilateralen Handelskonfliktes abgewehrt werden. In der gemeinsamen Erklärung

<sup>1)</sup> HM Government, The future relationship between the United Kingdom and the European Union, London, 2018, [https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment\\_data/file/725288/The\\_future\\_relationship\\_between\\_the\\_United\\_Kingdom\\_and\\_the\\_European\\_Union.pdf](https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/725288/The_future_relationship_between_the_United_Kingdom_and_the_European_Union.pdf).

streben die EU und die USA, zwischen denen derzeit Handelsströme von 1 Bio. \$ fließen, einen vollständigen Abbau von Zöllen, nichttarifären Handelshemmnissen und Subventionen für Industriegüter mit Ausnahme von Kraftfahrzeugen an. Die strategische Zusammenarbeit im Energiebereich wird ausgebaut. Um die Diversifikation in der Energieversorgung voranzutreiben, will die Europäische Union den Import von Flüssiggas (LNG) verstärken. Ein Dialog über Normen soll den Handel erleichtern und bürokratische Hindernisse abbauen. Gemeinsam sollen Unternehmen aus der EU und den USA vor unlauteren Handelspraktiken im Welthandel geschützt werden. Die Vertreter beider Seiten wollen gemeinsam an einer Reform der WTO arbeiten. Die von den USA erhöhten Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte aus der EU sollen überprüft werden. Die EU geht davon aus, dass die Drohung einer Anhebung der Einfuhrzölle auf Pkw aus Europa vorerst abgewandt werden konnte.

**27. Juli:** In einer in Johannesburg unterzeichneten Deklaration fordern die Staats- und Regierungsoberhäupter von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika (BRICS-Länder) von den WTO-Mitgliedsländern, die Regeln der WTO einzuhalten und die Zusammenarbeit, den Handel und Investitionen zu fördern und protektionistische Tendenzen zurückzuweisen.

**1. August:** Die Nordic Credit Rating (NCR), eine von 25 skandinavischen Banken gegründete Ratingagentur, wird von der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) sowie von der EFTA Surveillance Authority als Ratingagentur registriert. Die NCR wird die Bonität kleiner nordischer Emittenten prüfen.

**2. August:** Die Bank of England erhöht den Leitzinssatz um 25 Basispunkte auf 0,75%.

**6. August:** Nach einer Übergangsphase treten die Sanktionen der USA gegen den Iran in Kraft<sup>2)</sup>.

**7. August:** Um die Handelsbeziehungen zwischen der EU und dem Iran auch nach Inkrafttreten der Sanktionen der USA aufrechtzuerhalten, tritt die Blocking-Verordnung der EU in Kraft: Die Verurteilung von Unternehmen aus der EU durch eine Behörde der USA wird nicht anerkannt und damit nicht vollstreckbar.

**10. August:** Aus Gründen der nationalen Sicherheit gilt in den USA ein Exportverbot für Elektronik, Schaltkreise und Gasturbinen nach Russland. Diese Entscheidung wird mit dem Russland zugeschriebenen Anschlag auf einen ehemaligen Spion des Vereinigten Königreiches und seine Tochter in Salisbury (Vereinigtes Königreich) begründet.

**20. August:** Griechenland schließt das 3-jährige Stabilitätshilfsprogramm aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ab. Im Zuge des Programmes wurden Darlehen im Ausmaß von 61,9 Mrd. € an Griechenland ausgezahlt. Im Gegenzug wurden tiefgreifende Strukturreformen umgesetzt. Insgesamt erhielt Griechenland seit 2010 256,6 Mrd. € an Darlehen aus der EU und 32,1 Mrd. € vom IWF.

In Venezuela setzt die Regierung Maßnahmen zur Konjunkturbelebung um. Im Zuge einer Währungsreform werden 100.000 alte Bolivar durch 1 Souveränen Bolivar ersetzt. Die neue Währung ist an den Petro, eine durch Rohölrreserven abgesicherte Kryptowährung gebunden. 1 Petro entspricht 60 \$ bzw. 3.600 Souveränen Bolivars. Die alte Währung verliert damit 96% an Wert und nähert sich dem Preis des Dollars auf dem Schwarzmarkt an. Präsident Maduro kündigt eine Erhöhung der Körperschaftsteuer und eine Anhebung des monatlichen Mindestlohnes um 34% auf 30 \$ an. Der IWF prognostiziert für 2018 eine Inflationsrate von 1,37 Mio. %.

**23. August:** Australien schließt eine Mitwirkung des chinesischen Technologiekonzerns Huawei am Ausbau des neuen mobilen Funkstandards 5G aus Gründen der nationalen Sicherheit aus. Der Konzern soll in enger Beziehung zur chinesischen Regierung stehen.

In einem nächsten Schritt erweitert die USA die am 6. Juli verhängten Zölle für Importe aus China auf 279 Warenkategorien wie Metalle, Schmierstoffe, Chemikalien und

BRICS: WTO

Skandinavien: Ratingagentur

Vereinigtes Königreich: Leitzinssatz

USA: Iran-Sanktionen

EU-Iran: Handelsbeziehungen

USA: Exportverbot

Griechenland: Stabilitätshilfsprogramm

Venezuela: Währungsreform

Australien: Huawei

USA-China: Zölle

<sup>2)</sup> Keil, A., "Wirtschaftschronik. II. Quartal 2018", WIFO-Monatsberichte, 2018, 91(7), S. 480, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/61192>.

Russland–China: Handels-  
hemmnisse

Elektronik im Ausmaß von 16 Mrd. \$. Im Gegenzug belastet China die Einfuhr von Autos, Sojabohnen, Schweinefleisch, Rindfleisch und Molkereiprodukten aus den USA.

**10. September:** Anlässlich eines Wirtschaftsforums der Staats- und Regierungsoberhäupter von Russland, China, Japan, Südkorea und der Mongolei in Wladiwostok unterstreicht der russische Präsident Putin Protektionismus und Handelshemmnisse als große Herausforderung für Asien. Im Zuge der neuen Partnerschaft zwischen China und Russland wird eine Kooperation des chinesischen Internetkonzerns Alibaba mit russischen Partnern angekündigt. Die Aufforderung Russlands, sich vom Dollar als Leitwährung zu lösen, lehnt China mit dem Argument ab, Fremdwährungen sollten kein politisches Druckmittel sein.

Indonesien: Zölle

Indonesien kündigt an, ab Oktober Importzölle auf über 1.000 Produkte zu erhöhen, um den Wertverfall der Währung Rupiah und den Anstieg des Handelsbilanzdefizits aufzuhalten.

EU: Ungarn

**12. September:** Das Europäische Parlament stimmt für die Einleitung eines Strafverfahrens nach Art. 7 EU-Vertrag<sup>3)</sup> gegen Ungarn, da die Prinzipien des Rechtsstaates gefährdet seien.

Türkei: Zinssatz

**13. September:** Die türkische Notenbank erhöht die Leitzinssätze um 625 Basispunkte auf 24%, um die Inflation, die im September 18% erreicht hat, einzudämmen.

EU: Brexit

**19.-20. September:** In Salzburg findet der informelle EU-Gipfel zu den Themen Brexit und Migration statt. Der vom Vereinigten Königreich vorgelegte "Chequers Plan", der einen Verbleib im Binnenmarkt für Waren, nicht aber für Dienstleistungen vorsieht und in dem die Personenfreizügigkeit und das Grenzproblem mit Irland nicht geklärt sind, wird von den verbleibenden EU-Mitgliedsländern nicht akzeptiert. In der im Oktober folgenden Ratssitzung soll entschieden werden, ob die Ergebnisse der Verhandlungen weit genug fortgeschritten sind, um einen Sondergipfel im November einzuberufen. Die Zahl der irregulär Einreisenden ist niedriger als vor der Migrationskrise. Die Zusammenarbeit mit Drittländern wird gestärkt, um die im Juni 2018 beschlossene Einrichtung von "Anlandeplattformen" in Nordafrika umzusetzen. Die EU verhandelt mit Ägypten, das die illegale Migration an die europäische Mittelmeerküste fast vollständig unterbindet, und bietet ähnlich dem Abkommen mit der Türkei finanzielle Anreize und Investitionen europäischer Unternehmen an. Ungarn, die Niederlande und Italien stellen sich gegen die geplante Aufstockung der europäischen Grenz- und Küstenwache Frontex von 1.500 auf 10.000 Beschäftigte bis 2020, da sie einen Souveränitätsverlust befürchten.

BIZ: Verschuldung

**21. September:** Gemäß dem Quartalsbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) liegt die private und öffentliche Verschuldung derzeit über dem Vorkrisenniveau 2007. Die Finanzmittelaufnahme der Schwellenländer in Dollar hat sich seit der Finanzmarktkrise verdoppelt. Die Verbriefung von Krediten an Schuldner mit geringer Bonität über Collateralised Loan Obligations (CLO) ähnelt dem Instrument der Collateralised Debt Obligations (CDO), dessen umfangreiche Nutzung als Mitauslöser der Krise angesehen wurde. Vor dem Hintergrund der außergewöhnlich niedrigen Zinssätze und der aufgeblähten Notenbankbilanzen bleibe im Krisenfall wenig Möglichkeit zur Gegensteuerung.

USA–China: Zölle

**24. September:** Die am 11. Juli von den USA angekündigte Ausweitung der Zollbelastung von 10% auf Warenimporte aus China im Ausmaß von 200 Mrd. \$ tritt in Kraft. Gleichzeitig wird eine Erhöhung der Zölle auf diese Warengruppen auf 25% ab 2019 angekündigt, wobei Produktgruppen wie Smart Watches, Bluetooth-Artikel, Kinderhochstühle und Autositze für Kinder ausgenommen sind. Die Einleitung einer dritten Phase der Anhebung von Zollsätzen auf Warenimporte von 267 Mrd. \$ wird angekündigt. Als Reaktion erhebt China Zölle auf weitere Importe aus den USA im Ausmaß von 60 Mrd. \$. China importiert aus den USA Waren im Ausmaß von 130 Mrd. \$.

USA–Südkorea: Freihandels-  
abkommen

**25. September:** Der Präsident der USA Trump und der Präsident Südkoreas Moon Jae-in unterzeichnen in New York ein Freihandelsabkommen. Die Quote für den Import

<sup>3)</sup> Art. 7 EU-Vertrag sieht bei Verletzung der Grundwerte der Europäischen Union eine Suspendierung der Mitgliedschaft eines Landes vor. Bestimmte Rechte wie z. B. das Stimmrecht können ausgesetzt werden. Der entsprechende Beschluss benötigt eine qualifizierte Mehrheit im Rat.

von Pkw aus Südkorea wird auf 50.000 Fahrzeuge pro Hersteller verdoppelt. Der Einfuhrzoll von 25% auf Kleinlastwagen (Pickups) aus Korea wird 20 Jahre länger (bis 2040) in Kraft bleiben. Im Gegenzug erheben die USA keine Strafzölle auf Stahlimporte aus Südkorea, wobei eine Importquote von 70% der durchschnittlichen Lieferungen der letzten drei Jahre eingehalten werden muss.

**26. September:** Zum dritten Mal seit Jahresbeginn und zum achten Mal seit 2015 erhöht die Notenbank der USA das Band der Federal Funds Rate (um 25 Basispunkte auf 2,25%).

Der Internationale Währungsfonds (IWF) stockt den im Juni zugesagten Hilfskredit für Argentinien auf und überweist bis Ende 2018 eine zusätzliche Tranche von 13,4 Mrd. \$, nachdem bereits im Juli 2018 15 Mrd. \$ überwiesen wurden. Für 2019 sind Tranchen von 22,8 Mrd. \$, für 2020/21 von 5,9 Mrd. \$ vorgesehen<sup>4)</sup>. Der argentinische Peso verlor seit Anfang 2018 gegenüber dem Dollar die Hälfte seines Wertes, die Inflation wird 2018 über 30% betragen. Die Regierung versucht, mit der Anhebung des Leitzinssatzes auf 60%, einem niedrigen Budgetdefizit und dem Stand-by-Kredit des Währungsfonds Stabilität und Vertrauen auf den Finanzmärkten zu schaffen.

**27. September:** Der Haushaltsplan der neuen italienischen Regierung sieht für 2019 ein Defizit von 2,4% des BIP vor, um Wahlversprechen im Umfang von 27 Mrd. € umsetzen zu können. Vorgesehen ist eine Unterstützung von einkommensschwachen Arbeitslosen von 780 € im Monat, für die 10 Mrd. € veranschlagt werden. Das Wahlversprechen eines Grundeinkommens für alle wird jedoch nicht umgesetzt. Eine Anhebung der Mindestpension auf ebenfalls 780 € monatlich wird teilweise aus einer Neuberechnung von hohen Pensionen finanziert. Nach den Plänen der Regierung wird die neu eingeführte Flat-Tax von 15% in einer ersten Phase für Selbständige mit niedrigem Einkommen gelten. Ab 2021 sind Steuersätze von 23% für Einkommen unter 75.000 € jährlich und 33% für höhere Einkommen vorgesehen. Das 2011 angehobene Pensionsantrittsalter soll gesenkt werden. Für 2018 wird ein Wirtschaftswachstum von 1,1% prognostiziert. Die Gesamtverschuldung des Staates liegt über 130% des BIP, weshalb sich das Land gegenüber der Europäischen Kommission zu einer Neuverschuldung von höchstens 0,8% des BIP verpflichtet hat.

USA: Zinssätze

Argentinien: IWF-Hilfskredit

Italien: Haushaltsplan

## 2. Österreich

**5. Juli:** Im Nationalrat wird das Arbeitszeitgesetz verabschiedet. Mit der Reform wurden die Ausnahmen hinsichtlich des Geltungsbereiches erweitert: Personen mit maßgeblich selbständigen Entscheidungsbefugnissen, deren Arbeitszeit nicht gemessen oder im Voraus festgelegt werden kann, unterliegen demnach nicht dem Arbeitszeitgesetz. Die Reform ermöglicht im Bedarfsfall eine tägliche Höchstarbeitszeit von 12 (bisher 10) Stunden und eine wöchentliche Arbeitshöchstzeit von 60 (bisher 50) Stunden. Bei erhöhtem Arbeitsbedarf darf aber die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in einem Durchrechnungszeitraum von 17 Wochen 48 Stunden nicht übersteigen. Die Zahl der Überstunden ist auf 20 pro Woche beschränkt.

Ohne Angabe von Gründen können die Beschäftigten die Leistung von Überstunden ablehnen, wenn die Tagesarbeitszeit von 10 Stunden oder die Wochenarbeitszeit von 50 Stunden überschritten wird. In diesem Fall gilt ein Diskriminierungsverbot hinsichtlich Bezahlung und Aufstiegschancen. Betrieben im Tourismus wird die Möglichkeit eingeräumt, für alle Betriebe mit geteilten Diensten die tägliche Ruhezeit von 11 auf höchstens 8 Stunden zu verkürzen. Ausnahmen von der Wochenend- und Feiertagsruhe sind nur viermal pro Jahr zulässig.

**12. Juli:** Die Europäische Wettbewerbsbehörde billigt die Übernahme von 75% der Anteile an der Laudamotion durch Ryanair.

Arbeitszeitgesetz

Wettbewerbsbehörde:  
Laudamotion

<sup>4)</sup> Keil, A., "Wirtschaftschronik. II. Quartal 2018", WIFO-Monatsberichte, 2018, 91(7), S. 482, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/61192>.